



Niederschrift

12. Sitzung Hauptausschuss
13. Oktober 2020, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

3.

Punkt 1 der Tagesordnung: Sicherheit in Karlsruhe

- 1.3. Sachstand zum Thema „Runder Tisch: Vermeidung von Konfliktsituationen zwischen Jugendlichen und Ordnungskräften
Vorlage: 2020/1069**

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1.3 zur Behandlung auf und begrüßt **Herrn Prof. Dr. Hermann** von der Universität Heidelberg und übergibt das Mikrofon für dessen Vortrag.

Prof. Dr. Hermann (Universität Heidelberg) berichtet, dass er ähnliche Übergriffe von Jugendlichen analog Stuttgart oder Frankfurt in Karlsruhe als weniger wahrscheinlich einstufe, da sich in Frankfurt und Stuttgart Protestkulturen, zum Teil mit dem Feindbild Polizei, etabliert hätten. Weiter sei festgestellt worden, dass mit Zunahme der kommunalen Präventionsprojekte die Kriminalitätsbelastung sinke, was in Stuttgart jedoch nicht zu beobachten sei. Ein Fakt sei, dass die Gewalt gegenüber der Polizei gestiegen sei. Weiter führt er aus, dass bei kollektiver Gewalt gruppendynamische Prozesse eine Rolle spielten, die Gruppen jedoch nicht homogen seien. Diese inhomogenen Gruppen setzen sich aus den Aktivisten, den Zuschauern/Bystandern und den passiven Zuschauern zusammen. Eine neue empirische Studie zeige, dass Täter vor allem eine Desintegrationserfahrung und eine erhöhte Gewaltbereitschaft aufweisen. Bei Einschränkung des Lebensumfeldes sei die Gefahr von Aggression bei dieser Gruppe besonders groß. Diese Gewalt sei auch funktional, da sie zu Anerkennung im Freundeskreis führe, was eine erfahrene Ausgrenzung kompensiere. Die Gewaltaktion hätte dann nicht nur für diese einzelne Person eine positive

Bedeutung, sondern für die gesamte Gruppe. Kollektive Gewaltaktionen seien funktional, da sie den inneren Zusammenhalt der Gruppe stärken und weil sie zu einer stärkeren Abwertung des anderen führen. Zudem motiviere Gewalt, sofern sie durch Bystander unterstützt werde, zu weiterer Gewalt. Letztlich könne dies sogar zu einer Dehumanisierung führen. Dieser Eskalationsprozess könne durch fehlende Solidarität der Zuschauer/Bystander verhindert werden. Weiter führt er aus, dass die Daten der Karlsruher Sicherheitsumfrage die Informationen darüber liefern, welche Präventionsmaßnahmen angesetzt werden sollten, in dem die Gruppenmitglieder nach deren Zugehörigkeit Aktivist, Bystander, Zuschauer eingeteilt werden. Dabei stellen Aktivisten Personen dar, die eine sehr hohe Gewaltbereitschaft und ein geringes Vertrauen in staatliche Ordnungskräfte aufweisen. Das Potenzial, dass diese zu Gewalt greifen sei hier besonders hoch. Die passiven Zuschauer weisen eine niedrige Gewaltbereitschaft auf und das Vertrauen in staatliche Ordnungskräfte sei hoch. Die in Karlsruhe durchgeführte Sicherheitsumfrage liefere mit 6.000 Rückläufen seine sehr gute Datenbasis für die Analyse. Mithilfe dieser Daten könne man die drei Gruppen analysieren. Die Gruppe der Aktivisten stellten lediglich 0,9 Prozent, die der Bystander 12 Prozent dar. Ein Merkmalsbereich der Unterscheidung sei die Wertorientierungen in den Bereichen Selbstständigkeit in Bezug auf Denken und Handeln, Universalismus, Wohlwollen, Konformität und Sicherheit. Diese Bereiche können das Vertrauen in die Institution beeinflussen. Aktivisten seien Personen, die sich in Ihren Werten erheblich vom Werteprofil der Gesamtgesellschaft unterscheiden und nur bedingt integriert seien. Auch sei eine große Bereitschaft vorhanden, Normen zu verletzen und anderen Schaden zuzufügen. Sie seien wenig tolerant und Wertschätzung gegenüber anderen sei von untergeordneter Bedeutung. Bemerkenswert sei, dass auch die eigene Sicherheit zweitrangig sei. Insgesamt können Integrations- und Sozialisationsdefizite festgestellt werden, aus diesen wiederum Präventionsmaßnahmen abgeleitet werden können, was jedoch leider nur langfristig möglich sei. Kurzfristig möglich sei jedoch die Förderung von Zivilcourage bei der Zielgruppe der Bystander. Aus den Erfahrungen mit den Vorfällen aus Stuttgart und Frankfurt sei auch die Vermeidung von Alkohol sinnvoll. Auch wäre es gut, wenn man sich über das Ermöglichen von Feiern auch in Coronazeiten Gedanken machen würde. Er schließt ab, dass die Karlsruher Sicherheitsumfrage eine außerordentlich gute Datenbasis für die Einteilung in Aktivisten, Bystandern und Zuschauer ermögliche, was wiederum für die gezielte Konzeption von Präventionsmaßnahmen genutzt werden könne.

Auf Nachfrage von **Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.)** führt er aus, dass Protestkulturen, die über längere Zeit laufen, ein eigenes Wertesystem schaffen. Das fatale daran sei, dass bei einigen das Feindbild der Polizei etabliert sei, was das Risiko erhöhe, dass Polizei auch Opfer von Gewalt werde. Die vermutete Einschränkung der Lebensführung könne durch Kontrollmaßnahmen der Polizei verursacht werden. Durch die Durchführung einer Kontrolle im Beisein von Nichtpolizeikräften könnte eine Eskalation verhindert werden.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) sieht durch den Bericht von Professor Dr. Hermann Karlsruhe gut aufgestellt. Die CDU-Fraktion unterstütze auch weiterhin die Gesprächsrunden und die Runden Tische.

Prof. Dr. Hermann berichtet auf Nachfrage von **Stadtrat Pfannkuch (CDU)**, dass man den Sozialisationsdefiziten durch Präventionsprojekte in der frühen Kindheit entgegenwirken könnte. Die Behandlung bei Erwachsenen sei kaum noch zu realisieren. Auf Nachfrage von **Stadtrat Schnell (AfD)** teilt er mit, dass die Abweichung zum Beispiel beim Merkmal der Normbrechung signifikant sei, wonach Aktivisten zu 40 Prozent dazu neigen, Bystander zu 20 Prozent und Zuschauer zu 2 Prozent.

Der Vorsitzende dankt Professor Dr. Hermann für dessen Vortrag und die Auswertung der Karlsruher Umfrage. Er stellt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, die Kenntnisnahme fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten-
12. Januar 2021